

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Herr Günter Helmchen (in Vertretung für Stv. Mauthe)

Außerdem:

Herr Alexander Wright Bündnis 90/Die Grünen (ab 19:15 Uhr)

Vom Magistrat:

Frau Dielind Grabe-Bolz Oberbürgermeisterin (ab 19:08 Uhr)

Frau Astrid Eibelshäuser Stadträtin

Frau Gerda Weigel-Greilich Stadträtin (ab 19:11) Uhr

Von der Verwaltung:

Frau Dr. Anna Hoffmann Leiterin der Koordinierungsstelle
Soziale Stadterneuerung

Frau Ines Müller Leiterin Amt für Soziale (bis 19:45 Uhr)
Angelegenheiten

Vom Ausländerbeirat:

Herr Hassan Safe Alden

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Simone Benz Schriftführerin

Entschuldigt:

Frau Nina Heidt-Sommer SPD-Fraktion

Herr Zeynal Sahin SPD-Fraktion

Frau Pia Mauthe FW-Fraktion

Vorsitzender

Stellv. Vorsitzende **Grothe** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben. Stadträtin Eibelhäuser bittet darum, die in der Einladung als TOP 3 vorgesehene Vorlage „Bundesporgarmm ‚Nationale Projekte des Städtebaus‘ – Gestaltung von Freiflächen und Einrichtung eines kulturellen Begegnungsortes in der Rotklinkersiedlung, Antrag des Magistrats vom 27.07.2021, STV/0232/2012“ in der Beratung vorzuziehen und als TOP 2 zu behandeln.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch. Somit ist die Tagesordnung in der geänderten Form beschlossen.

Tagesordnung (öffentliche Sitzung):

1. Bürger/-innenfragesunde

- | | | |
|----|---|---------------|
| 2. | Bundesprogramm "Nationale Projekte des Städtebaus" -
Gestaltung der Freiflächen und Einrichtung eines
kulturellen Begegnungsortes in der Rotklinkersiedlung
- Antrag des Magistrats vom 27.07.2021 - | STV/0232/2021 |
| 3. | Registrier- und Vergaberichtlinie für öffentlich geförderte
Wohnungen in der Universitätsstadt Gießen
- Antrag des Magistrats vom 25.08.2021 - | STV/0277/2021 |
| 4. | Kinderschwimmkurse zum Erreichen des
Schwimmabzeichens
- Antrag der FW-Fraktion vom 21.06.2021 - | STV/0188/2021 |
| 5. | Gießen ist Sicherer Hafen für Flüchtlinge aus Afghanistan
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und
Gießener LINKE vom 06.09.2021 - | STV/0314/2021 |
| 6. | Angebot von Frühstück für Kinder in den
Kindertageseinrichtungen
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und
Gießener LINKE vom 06.09.2021 - | STV/0315/2021 |
| 7. | Entwicklung einer Corona-Teststrategie für KiTas und
Kindergärten
- Antrag der Fraktion Gigg+Volt vom 06.09.2021 - | STV/0326/2021 |
| 8. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung (öffentliche Sitzung):

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Bundesprogramm "Nationale Projekte des Städtebaus" - Gestaltung der Freiflächen und Einrichtung eines kulturellen Begegnungsortes in der Rotklinkersiedlung - Antrag des Magistrats vom 27.07.2021 -

Antrag:

„Für die Durchführung des Projektes ‚Gestaltung der Freiflächen und kultureller

Begegnungsort in der Rotklinkersiedlung' im Rahmen des Bundesprogramms ‚Nationale Projekte des Städtebaus‘ wird die Übernahme des kommunalen Eigenanteils beschlossen.“

An der kurzen Aussprache beteiligen sich und **Stv. Dr. Greilich, Stv. Bandurka** und **Stadträtin Eibelshäuser**.

Beratungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (Ja: GR, SPD, LINKE, CDU, G/V, AfD; StE: FW, FDP).

3. Registrier- und Vergaberichtlinie für öffentlich geförderte Wohnungen in der Universitätsstadt Gießen **STV/0277/2021**
- Antrag des Magistrats vom 25.08.2021 -

Antrag:

„Der Sozialausschuss nimmt die geänderte Registrier- und Vergaberichtlinie für öffentlich geförderte Wohnungen in der Stadt Gießen zur Kenntnis.“

Frau Müller, Leiterin des Amtes für Soziale Angelegenheiten, stellt den Ausschussmitgliedern die geänderten Vergaberichtlinien anhand einer PowerPoint Präsentation vor. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

An der Aussprache beteiligen sich **Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz** und **Stv. Dr. Greilich**.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

4. Kinderschwimmkurse zum Erreichen des Schwimmbabzeichens **STV/0188/2021**
- Antrag der FW-Fraktion vom 21.06.2021 -

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, das Erreichen eines Schwimmbabzeichens für Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 12 Jahren grundsätzlich kostenlos zu ermöglichen.

Erforderliche Schwimmkurse wie beispielsweise beim DLRG oder anderen Vereinen/Anbietern sollten den Kindern und Jugendlichen kostenlos ermöglicht werden.

Ggf. sind weitere finanzielle Anreize für die Vereine zu schaffen um möglichst vielen Kindern und Jugendlichen das Schwimmen zu erlernen.“

Begründung:

Schwimmen ist lebenswichtig und kann Leben retten.

Aufgrund der Coronasituation sind Schwimmstunden in den Schulen ausgefallen.

Gießen ist umringt von offenen Gewässern und durchzogen von einem Fluss. Kinder spielen gerne am Wasser und um hier die Unfallgefahr vollkommen zu reduzieren, sollten alle Kinder der Stadt schwimmen können.

Wir haben am Beispiel Nordhessen gesehen, wie schnell ein Kind in einen Teich fallen kann und die sich daraus ergebenden schlimmen Folgen bis hin zur Gerichtsbarkeit.

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Gießener LINKE stellen folgenden Änderungsantrag:

„Der Magistrat wird gebeten,

- 1. eine Änderung der Satzung über den Gießen Pass vom 01.01.2011, zuletzt geändert am 24.05.2012, der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen, die zum Ziel hat, Gießen-Pass berechtigten Kindern die Teilnahme an einem Kinder-Schwimmkurs durch eine Ermäßigung von 90% zu ermöglichen;*
- 2. dafür Sorge zu tragen, dass Informationen für Eltern zur Bedeutung des Schwimmenlernens für Kinder über Kitas/Familienzentren, Grundschulen, Gemeinwesenarbeit und andere geeignete Organisationen und Institutionen zur Verfügung gestellt und erläutert werden;*
- 3. mit den Anbietern von Kinder-Schwimmkursen das Gespräch darüber fortzuführen, wie es gemeinsam mit der Stadt Gießen gelingt, das Angebot an Kursen auszuweiten sowie Hürden bei der Inanspruchnahme des Angebots abzubauen.*

Nach zwei Jahren sollen die Maßnahmen vor dem Hintergrund der Zielsetzungen überprüft werden. Ziel der Maßnahme ist, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass alle Kinder schwimmen lernen und möglichst viele vor dem institutionalisierten Schwimmunterricht in der dritten Klasse der Grundschule Vorkenntnisse und Kompetenzen in Kinder-Schwimmkursen erwerben.“

Beratungsergebnis:

Der Antrag **STV/0188/2021** wird mehrheitlich abgelehnt (Ja: CDU, FDP, AfD, FW; Nein: GR, SPD, LINKE; StE: G/V).

Dem **Änderungsantrag** der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Gießener LINKE wird einstimmig zugestimmt (Ja: GR, SPD, LINKE, CDU, G/V, AfD; StE: FW).

5. **Gießen ist Sicherer Hafen für Flüchtlinge aus Afghanistan** **STV/0314/2021**
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und
Gießener LINKE vom 06.09.2021 -
-

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt die Entscheidung, dass die Universitätsstadt Gießen Mitglied im Bündnis Städte Sicherer Häfen ist und damit ihre Bereitschaft zur Aufnahme von geflüchteten Menschen signalisiert. Dies gilt derzeit insbesondere für Menschen aus Afghanistan, die vor der Machtübernahme der Taliban und vor deren drohenden und bereits geschehenen Verbrechen, Menschenrechtsverstößen sowie Unterdrückung fliehen. Sie erklärt ihre Verständnis und ihre Unterstützung für die Menschen aus Afghanistan, die schon länger in unserer Stadt leben und in großer Sorge um ihre Familien und Freund:innen in Afghanistan sind. Sie fordert den Magistrat auf, gegenüber Bundes- und Landesregierung darzustellen, dass die Stadt Gießen bereit ist zusätzlich Menschen, die deshalb aus Afghanistan fliehen, aufzunehmen und alle Kräfte daransetzen wird, diesen Menschen ein sicheres Umfeld zu bieten Sie appelliert an Bundes- und Landesregierung, alles dafür zu tun, dass so viele Menschen wie möglich den Gefahren für ihr Leben und ihre Unversehrtheit sowie für ein freiheitliches Zusammenleben durch die Herrschaft der Taliban entkommen können. Dazu gehört insbesondere

- eine ausreichende Unterstützung und Finanzierung des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR)
- sichere und legale Möglichkeiten, nach Europa und Deutschland zu kommen für die Menschen, die nicht in den Nachbarländern unterkommen wollen oder können flexible und unbürokratische Möglichkeiten zum Familiennachzug zu schaffen
- eine langfristige Bleibeperspektive ohne drohende Abschiebung.“

Begründung:

„Die aktuellen Geschehnisse mit der Übernahme des Landes Afghanistan durch die gewalttätigen islamistischen Gruppierungen der Taliban lassen wohl niemand unberührt. Viele Menschen in unserer Stadt sind in großer Sorge um ihre Angehörigen und Freunde in Afghanistan. Wir stehen an deren Seite. Wir wollen unsere Bereitschaft erklären, Menschen aus Afghanistan, die vor diesem mörderischen Regime flüchten wollen und müssen, in unserer Stadt aufzunehmen und für sie zu sorgen. Dazu gehört auch ein Appell an Bundes- und Landesregierung, unbeachtet aller Versäumnisse und Fehler der Vergangenheit, möglichst großzügige Regelungen zu schaffen, um diesen Menschen Sicherheit und Frieden zu gewährleisten.“

Stv. Nürnberger übernimmt den Vorsitz.

Stv. Grothe, Bündnis 90 Die Grünen, begründet den Antrag und bittet um Zustimmung.

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. **Grothe, Pfeffer, Dr. Greilich, Mim, Reitz** sowie **Stadträtin Eibelshäuser**.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt (Ja: Gr, SPD, LINKE, Gigg/Volt; Nein: CDU, FDP, AfD, FW).

Stellv. Ausschussvorsitzender **Grothe** übernimmt den Vorsitz.

6. **Angebot von Frühstück für Kinder in den Kindertageseinrichtungen** **STV/0315/2021**
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Gießener LINKE vom 06.09.2021 -

Antrag:

„Der Magistrat wird beauftragt gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss ein Konzept zu erarbeiten, indem das Frühstück zentral von den Kindertageseinrichtungen angeboten wird. Bei dem Frühstück soll darauf geachtet werden, dass es gesund und reichhaltig ist, sowie überwiegend aus ökologisch, regional, saisonal und fair produzierten Lebensmitteln besteht. Dabei soll auch veganes Essen als alternative Wahlmöglichkeit angeboten werden. Es soll zudem ein Vorschlag erarbeitet werden, wie die Finanzierung in Anlehnung an den Staffelpreis zum Mittagessen umgesetzt werden kann.“

Begründung:

Die kalte Pizza vom Vortag, Chips, ein Schoko-Croissant vom Bäcker oder eine leere Vesperdose – Dinge wie diese sind für Erzieher*innen ein häufiger Anblick. Haben andere Kinder dann noch etwas Leckereres zum Frühstück dabei, sind auch Neid und Streitereien Konflikte, die in Kitas oder Kindergärten auf der Tagesordnung stehen. Unter anderem aus diesem Grund möchten wir ein Angebot entwickeln, dass Kinder ihr Frühstück nicht mehr selbst in die Kita bringen müssen. Bei einem gemeinsamen Frühstück können die Kinder unter anderem lernen, Frühstücksgewohnheiten zu beschreiben, wichtige Lebensmittelkomponenten für das Frühstück zu benennen, kreative Pausenbrote zuzubereiten, in Gemeinschaft zu essen sowie Hunger und Sättigung wahrzunehmen. Zudem entlastet das Angebot den Alltag der Eltern, die derzeit morgens die Frühstücke ihrer Kinder zusammenstellen.

Stv. Wright, Bündnis 90/die Grünen trägt den Antrag vor und begründet ihn.

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, stellt folgenden **Änderungsantrag:**

Absatz 3 des Antrages wird ersetzt durch:

„Die Teilnahme an diesem Angebot soll für Kinder und deren Eltern freiwillig sein. Der Bedarf in den einzelnen Kita-Gruppen wird von den Erzieherinnen und Erziehern ermittelt und gemeldet. Die Finanzierung dieser Maßnahme erfolgt aus dem allgemeinen Haushaltstopf für freiwillige Leistungen.“

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. **Dr. Greilich, Wright, Mim, A. Helmchen, G. Helmchen** und **Stadträtin Weigel-Greilich**.

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, bittet die folgenden Ausführungen von **Stadträtin Weigel-Greilich** zu protokollieren:

Stadträtin Weigel-Greilich:

„Ich habe den Vorschlag der Staffelgebühr so verstanden, dass das so umgesetzt werden soll, wie es jetzt für das Mittagessen umgesetzt wird. Nämlich, dass es für einkommensschwache Familien kostenfrei ist und sich steigert bis zum kostendeckenden Beitrag, eben nach der Einkommensstaffelung. Wer das Frühstück nicht in Anspruch nimmt, muss natürlich gar nichts bezahlen, das ist ja klar.“

Stv. Wright, Bündnis 90/Die Grünen, bestätigt, dass dies so gemeint sei.

Beratungsergebnis:

Der **Änderungsantrag** der FDP-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt (Ja: CDU, FDP, AfD; Nein: GR, SPD, LINKE, G/V, FW).

Der Vorlage **STV/0315/2021** wird mehrheitlich zugestimmt (Ja: GR, SPD, LINKE, CDU, G/V, AfD; Nein: FW; StE: FDP).

7. Entwicklung einer Corona-Teststrategie für KiTas und Kindergärten **STV/0326/2021**
- Antrag der Fraktion Gigg+Volt vom 06.09.2021 -

Antrag:

„Der Magistrat entwickelt kurzfristig eine Corona-Teststrategie für KiTas und Kindergärten und trifft entsprechende Vorkehrungen zu deren Umsetzung. Ziel ist es, ein Angebot zu schaffen, damit Kinder in diesen Einrichtungen – sofern eine entsprechende Einverständniserklärung der Eltern vorliegt – regelmäßig (d. h. mind. zwei Mal pro Woche) getestet werden können. Eine Umsetzung der Strategie soll spätestens nach den Herbstferien erfolgen, sollte bis dahin keine Trendwende in den Infektionszahlen, insbesondere in den betroffenen Altersgruppen, sichtbar sein. Bei der Entwicklung der Strategie sind die Träger möglichst einzubeziehen.“

Begründung:

Aktuell steigen die Corona-Infektionszahlen wieder stark an. Die höchstens Inzidenzen treten dabei in den jüngsten Altersgruppen auf. Für Kinder unter 12 steht noch auf absehbare Zeit keine Möglichkeit zur Impfung zur Verfügung. Schulkinder werden daher bereits regelmäßig in den Schulen getestet, um den Schulbetrieb nicht durch einen erneuten Lockdown zu gefährden. Für KiTas und Kindergärten besteht ein Angebot in dieser Form aktuell nicht. Das Land Hessen unterstützt Kommunen jedoch bei der Umsetzung von Teststrategien in Kitas finanziell mit der Übernahme von 50% der Kosten. So haben beispielsweise Fulda und Mörfelden bereits entsprechende Programme aufgesetzt, bei denen PCR-Lolly-Tests zum Einsatz kommen, die zum einen eine hohe Validität und zum anderen eine hohe Akzeptanz bei Kindern und Eltern haben.

Stv. Würtz, Gigg/Volt verliest den Antragstext und begründet den Antrag.

An der Aussprache beteiligen sich die **Stv. Würtz, Dr. Greilich, Nürnberger, Pfeffer, Janzen** sowie **Stadträtin Weigel-Greilich**.

Stv. Würtz, Gigg/Volt, beantragt die wörtliche Protokollierung der Ausführungen von **Stadträtin Weigel-Greilich**:

Stadträtin Weigel-Greilich:

„Natürlich gibt es ein Konzept. Es gibt eine Übereinkunft mit den freien Trägern, wie wir das gemeinsam umsetzen in der Stadt Gießen. Es ist so, dass es ja zwei Möglichkeiten gibt. Es gibt einmal die Tests die hälftig vom Land Hessen finanziert wird und die andere Hälfte von der Kommune, die dann ausgegeben werden in den Kitas. Es ist aber ganz klar erst einmal festzustellen, dass das nicht verpflichtend sein kann. Und die zweite Möglichkeit ist und dafür haben wir uns auch entschieden in unserem zuständigen, ich sage mal Gremium, wo wir uns verständigen mit den freien Trägern und auch in Abstimmung in der Bürgermeisterdienstversammlung. Wo auch das Kreisgesundheitsamt, das ja da eine klare Größe ist, uns vorgegeben hat, dass die Kinder auch zweimal in der Woche in den Testzentren getestet werden können. Das hat folgenden Hintergrund. Insbesondere die freien Träger haben darauf gedrungen, dass wir diese Konzeption umsetzen und nicht die Abgabe in den Kitas, wo es ja auch keine größere Verbindlichkeit gibt oder wo es auch die Schwierigkeit gibt, wie die Tests dann zuhause angewendet werden. Es gibt wie gesagt keine größere Verbindlichkeit, weil man es nicht verpflichtend vorschreiben kann. Und wir haben und dafür entschieden, weil die freien Träger auch gesagt haben, wir wollen das nicht kontrollieren bei uns in den Kitas weil es ja nicht verpflichtend ist und wir wollen die Tests auf keinen Fall von unseren Erzieherinnen und Erziehern durchführen lassen, das wird wohl in manchen Städten gemacht, weil es wie eine medizinische Handlung zu bewerten ist und das sind insbesondere unsere großen freien Träger die das an der Stelle ablehnen.

Wir haben trotzdem jetzt in einer Kita in der Stadt, weil das ein sehr aktiver, starker Elternbeirat ist, die das, wie es jetzt zum Teil auch in der Hessenschau vorgetragen wurde, umsetzen wollen. Da haben wir gesagt, dort können wir das jetzt einmal vier Wochen in dieser Form testen. Ich habe die anderen Freien Träger darüber informiert, weil das ein bisschen abweicht von dem, was wir erstmal gemeinsam vereinbart haben. Da es aber auch dort so ist, dass die Testung nicht von den Erzieherinnen vorgenommen wird, ist das auch an der Stelle akzeptiert worden. Und wir nehmen natürlich den Test, der vom Kreisgesundheitsamt vorgeschlagen wird, weil das für uns die maßgebliche Vorgabe ist. Soviel zu der Frage wie wir bisher damit umgehen. Es gibt eine weitere Neuerung, die ist seit gestern oder vorgestern in Kraft getreten. Es hat großen Unmut in den Kitas gegeben, die einen Fall hatten, wo also eine Quarantäne angeordnet war. Dort hat eben nicht dasselbe wie in den Schulen gegolten, das nicht für alle Kinder Quarantäne angeordnet worden ist. Das ist in den Kitas anders gehandhabt worden. Da gibt es jetzt auch die Neuerung, dass man nach 7 Tagen eine Freitestung vornehmen kann. Aber natürlich auch nach den Vorgaben des Kreisgesundheitsamtes. Das wird ja auch gar nicht bei uns abgewickelt, das

unterliegt ja auch dem Datenschutz und da haben wir weder als Stadt noch als Kita-Träger etwas damit zu tun.“

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU, G/V; Nein: 2 GR, FW; StE: FDP, AfD; NT: 2 GR, SPD)

8. Verschiedenes

Vorsitzender teilt mit, dass die nächste Sitzung des Ausschusses am 03.11.2021 stattfindet.

DER STELLV. VORSITZENDE:

(gez.) G r o t h e

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) B e n z